

Das Toblacher Manifest

Mit der Demokratie in der bestehenden Form drohen autoritäre Verhältnisse, schreibt die Initiative für mehr Demokratie. Und liefert einen Gegenvorschlag.

Wir wollen heute gut leben – und in Zukunft. Dafür brauchen wir eine Demokratie, mit der wir alle gemeinsam für ein gutes Klima unter uns Menschen und in der Natur sorgen können. Mit der bestehenden, unvollständigen Demokratie drohen autoritäre Verhältnisse.

Wir wollen eine Demokratie, in der natürliche Vielfalt und menschliche Verschiedenheit zu den höchsten Werten zählen. Nur mit ihnen findet sich ein gemeinsamer Weg für ein gutes Leben aller auf dieser Welt. Die bestehende Demokratie bedient die Interessen weniger und bewirkt eine Verarmung der Menschen und der Natur.

Wir wollen eine Demokratie, in der niemand mehr herrscht und beherrscht wird. Alle sollen die Möglichkeit haben, sich fortwährend aufeinander abzustimmen. Wie Musiker eines Orchesters, die ihre Instrumente aufeinander abstimmen. Das ist keine Utopie! Ausgeloste Bürgerräte machen im Kleinen vor, was für die Gesellschaft im Großen anzustreben ist. Wir wollen eine Demokratie, die nie aufgibt, die Menschen einzubeziehen. Die bestehende schließt aus.

Wir wollen eine Demokratie, in der die BürgerInnen das erste und das letzte Wort haben. Sie müssen jederzeit Ideen und Vorschläge einbringen und die Politik korrigieren können. Nur mit einer gut anwendbaren und wirksamen direkten Demokratie sind sie der Souverän.

Wir wollen eine Konkordanzdemokratie anstelle der Konkurrenzdemokratie. Wir wollen die Arbeit an der Sache und nicht für den eigenen Machterhalt. Soziales Ungleichgewicht schafft ökologisches Ungleichgewicht und umgekehrt. Der Fortschrittmotor „Ungerechtigkeit und Ungleichheit“ ist abzustellen.

Menschen tragen die Idee der Demokratie in ihrer Sehnsucht nach Freiheit. Sie sind immer wieder um sie betrogen worden, um die Herrschaft von wenigen

zu sichern. Die Entscheidung zwischen echter und unechter Demokratie hat sich damit zugespitzt.

Zur Würde des Menschen gehört, dass alle gleichermaßen politisch teilhaben, ihre Souveränität konkret ausüben können und nicht gezwungen sind, ihren Willen zu delegieren. Wie es in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt: „*Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller*

Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, ... hat jeder das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.“ Art. 21.

Politische Teilhabe, die „Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten“, muss auf vier sich ergänzenden Wegen stattfinden: parlamentarisch, also indirekt



Foto: Initiative für mehr Demokratie, Volker Pappke

demokratisch über Wahlen (I), direkt-demokratisch (II), partizipativ (III) und digital-konsultativ (IV).

(I) Der Großteil der Entscheidungen wird immer von gewählten Vertretern zu treffen sein. Das bedeutet keinen Vorrang der parlamentarischen Demokratie: Die Verantwortung muss bei allen bleiben. Deshalb ist deren besondere Kontrolle und deren wirksame Ergänzung mit direkter Demokratie notwendig. Die Regeln der Demokratie müssen von der Mehrheit der WählerInnen geteilt werden.

KandidatInnen müssen parteiungebunden und listenübergreifend gewählt und das Mandat muss nach freiem Wissen und Gewissen ohne jegliche Privilegien ausgeübt werden können.

Notwendig ist eine strikte Mandatsbegrenzung und eine strenge und durchgängige Gewaltenteilung.

Für die Entlohnung der Gewählten soll ein Verfahren gefunden werden, das ein Mandat nicht zum Selbstbedienungsladen macht. Regierungen müssen einen Großteil der BürgerInnen vertreten und unabhängig sein von Parlamentsmehrheiten.

(II) Mit dem gut geregelten Referendum müssen die Entscheidungen der Gewählten jederzeit von den BürgerInnen kontrolliert und nötigenfalls rückgängig gemacht werden können. Sie müssen auch jederzeit nach von ihnen selbstbestimmten Regeln mit der Volksinitiative über alle Sachfragen entscheiden können, über die die Vertretung entscheidet. BürgerInnen und politische Vertretung haben

gleichberechtigte Entscheidungsbefugnis: Volksabstimmungen werden mit gleich viel Unterstützung erwirkt wie ein Mandat und kennen genauso wenig wie Wahlen ein Quorum.

(III) Partizipative Verfahren begleiten die parlamentarische und die direkte Demokratie. Direkt betroffene oder ausgeloste BürgerInnen können so wichtige Sachfragen in der ganzen Breite ihrer Bedeutung kennenlernen und dazu Lösungsvorschläge erarbeiten. Und diese zur direkt-demokratischen oder parlamentarischen Entscheidung bringen.

(IV) Mit Online-Plattformen können Bürgervorschläge, Debatten, Bürgerhaushalte, kollaborative Gesetzesentwurfverfahren, Interviews, Umfragen, Abstimmungen und vieles mehr in kürzester Zeit organisiert werden.



Das Toblacher Manifest der Initiative für mehr Demokratie entstand zusammen mit 40 Aktiven der Klimabewegung im Sommer 2023 – hier im Grand Hotel in Toblach festgehalten.

Das Herz der Demokratie ist der öffentliche Diskursraum. In ihm müssen transparente Informationen fließen, der offene Austausch von Meinungen gefördert werden. Die Menschen erleben sich in ihm als der Pulsschlag der Demokratie und die Abstimmung aufeinander als notwendige Selbstverständlichkeit. Dieser öffentliche, lebendige und atmende Raum des Austausches und der Abstimmung wird in einer Demokratie, wie wir sie wollen, wieder lebendig. Er wird befreit vom Würgegriff der Interessen von wenigen auf Kosten der Bedürfnisse von vielen. Nur so kann die weitere Ausbeutung von Mensch und Natur verhindert und ein soziales und ökologisches Gleichgewicht geschaffen und erhalten werden.

Nur wenn wir alle zusammen entscheiden können, was wir wollen und brauchen, erleben wir uns wirklich verantwortlich für das, was wir tun. ■

Das Toblacher Manifest ist das Ergebnis einer dreißigjährigen Auseinandersetzung der Initiative mit dem Thema Demokratie und eines vom Land Südtirol geförderten partizipativen Prozesses mit Climate Action South Tyrol. Der vorliegende Text wurde für ff gekürzt, das Original findet sich auf www.dirdemdi.org. Angesichts der aktuellen Diskussion um die neue Landesregierung sei der Zeitpunkt für eine Veröffentlichung sehr passend, sagt Stephan Lausch. Er ist Koordinator der Initiative.